

Armutskongress 2017

Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen. Ein Bericht über den zweiten Armutskongress am 27./28. Juni 2017 in Berlin – von Tanja Kuhnert

Ende Juli fand in Berlin der zweite Armutskongress statt. Die Veranstalter waren wieder der Paritätische Gesamtverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Nationale Armutskonferenz (NAK). Unterstützt von zahlreichen weiteren Sozialverbänden konnten die Veranstalter ein thematisch breites und anspruchsvolles Programm organisieren.

Auch diese Tagung war voller inspirierender und zum Nachdenken anregender Vorträge. Eine umfangreiche Dokumentation finden Interessenten auf der Homepage des Kongresses unter <https://www.armutskongress.de/armutskongress-2017/>.

In meinem diesjährigen Bericht möchte ich mich auf Themen beschränken, die vielleicht für unsere Diskussion und/oder Aktivitäten im Verband interessant sein könnten. Einführend ein paar grundsätzliche Gedanken, die sich als roter Faden durch verschiedene Vorträge der Tagung zogen.

Wer Angst hat, macht anderen Angst

Menschen, die in prekären Lebenssituationen leben und von Armut bedroht oder betroffen sind, äußern überproportional oft Angst vor der Zukunft. Dies bestätigt u. a. die sogenannte Vermächtnisstudie von Prof. Dr. Jutta Allmendinger et al. (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, <http://www.zeit.de/serie/das-vermaechtnis>). Aber auch Prof. Dr. Richard Wilkinson (Emeritus University of Nottingham Medical School, Equality Trust) berichtet in seinem Vortrag „Status, Poverty and Inequality“ davon, dass in Ländern größerer Ungleichheit maßgeblich Angst, Unsicherheit und gegenseitiges Misstrauen anwächst. Jakob Augstein (Der Freitag) greift dies in seinem Vortrag „Das populistische Pendel“ auf, wenn er darüber spricht, warum der Rechtspopulismus auch in Deutschland Fahrt aufnimmt: „Wer Angst hat, macht anderen Angst.“ Seiner Ansicht nach ist der Rechtspopulismus eine direkte Folge des Neoliberalismus, aus dem die Überzeugung entspringt, dass das Geld in der Hand der Reichen am besten aufgehoben ist. Die Menschen, die sich abgehängt fühlen, fühlen sich nicht zu Unrecht abgehängt. Sie sind es. Aktuell leben in Deutschland 12,9 Mill. Menschen unter der Armutsgrenze. Die reichsten 10 % der deutschen Bevölkerung besitzen zwei Drittel des deutschen Gesamtvermögens. Jedes dritte bis fünfte Kind (je nach Kommune) und jeder sechste in Deutschland lebende Erwachsene gilt als arm. 5 Mill. Menschen leben ausschließlich von Minijobs und 7,5 Mill. haben einen Minijob. Sowohl die europäische Zentralbank, die EU Kommission als auch das Internationale Wirtschaftsforum sind sich einig, dass die aktuelle soziale Lage in Deutschland Deutschlands Wirtschafts- und Sozialsystem gefährdet. Deswegen fordert ein Bündnis aus Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden den Reichtum in Deutschland umzuverteilen: <https://www.reichtum-umverteilen.de/buendnis/>.

Erstes Forum: Das gute Leben für alle!

Ich möchte nun von zwei Foren berichten, an denen ich teilgenommen habe.

Im ersten Forum „Das Gute Leben für alle! Wie die Jugendhilfe selbst Armut und Wohnungslosigkeit erzeugt“ ging es um junge Erwachsene, die mit 18 Jahren aus der Jugendhilfe in ein eigenständiges Leben entlassen werden.

Vierorts in Deutschland wird trotz anders lautender Gesetze die Jugendhilfe bei vielen jungen Erwachsenen mit 18 beendet. Diese landen dann häufig in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder auf der Straße. Aus Alternativlosigkeit kehren dann viele wieder in die Familie zurück, aus der sie berechtigterweise als Kind oder Jugendliche geflohen sind. Die Einrichtungen der Jugendhilfe bereiten diese jungen Menschen häufig nicht ausreichend auf ihr eigenständiges Leben vor. Ein Betroffener, der anwesend war, bezeichnete die Jugendhilfe als Forderungssystem, welches von Jugendlichen viel fordere, aber nur schwer individuelle Angebote schaffen kann.

Zum Vergleich: Welche jungen Erwachsenen aus herkömmlichen Familien ziehen mit 18 Jahren (wenn überhaupt) aus, ohne dass sie eine Wohnung, ein WG-Zimmer oder ähnliches haben; ohne Kautions, Bürgschaft, Einkommen oder andere finanzielle Unterstützung. Für viele Schritte sind Bürgschaften und Unterstützung von Eltern notwendig, die junge Erwachsenen, die lange Jahre im Heim verbracht haben, gar nicht haben, da sie genau deswegen nicht mehr zu Hause leben. Wer kümmert sich dann also? Gerade in diesem Übergang von Jugend zu Erwachsenenleben fehlen verlässliche Ansprechpartner bzw. -partnerinnen. Diese Situation löst häufig neue Krisen aus, die zu dramatischen Verläufen führen.

Diese sich auftuende Versorgungslücke ist für viele sogenannte „Care Leaver“ ein Schritt in die Armutsspirale. Das Deutsche Jugendinstitut hat herausgefunden, dass aktuell von 37.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen auszugehen ist, die auf der Straße leben. Dabei sind keine auffallenden Genderunterschiede zu verzeichnen. Diese nennt man auch „entkoppelte“ Jugendliche. Damit ist gemeint, dass diese Heranwachsenden an kein aktuelles Hilfesystem angebunden sind oder davon erreicht werden können. Anscheinend muss über neue Konzepte nachgedacht werden.

Dr. Krause von der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfe (IGFH) spricht davon, dass es hier zum einen um strukturelle Fragen geht: Also, wie kommen die Jugendämter ihrem rechtlichen Auftrag nach? Und zum anderen, wie sind die Einrichtungen und deren Mitarbeitenden fachlich aufgestellt, um ein passendes und als unterstützend erlebtes Angebot an die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu machen? Für ihn ist klar: Seit hundert Jahren hat sich nicht geändert, dass das was hilft, ehrliche Zuwendung und verlässliche, tragfähige und belastbare Bindungsangebote sind (<https://www.careleaver.de>).

Zweites Forum: Bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Haushalte

Das zweite Forum, an dem ich teilgenommen habe, hieß: „Herausforderungen in der Wohnungspolitik: Bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Haushalte schaffen.“

Ulrich Ropertz vom Deutschen Mieterbund berichtet, dass in Deutschland 1 Mill. Wohnungen fehlen. Davon sind 138 Wohnungsmärkte und damit 46 % der Gesamtbevölkerung betroffen. Er bezieht sich vorrangig auf Großstädte und Metropolregionen, aber auch ländliche Kommunen sind davon betroffen. Grund sind mehrere Faktoren: innerdeutsche Binnenwanderung, Zuwanderung, Veränderung der Haushaltsstrukturen (mehr Singlehaushalte, mehr Alleinerziehende) sowie fehlender bezahlbarer Wohnraum. Es fehlen damit jährlich 200.000 Neuwohnungen und davon 80.000 Sozialwohnungen. Die gleichzeitig steigenden Mieten, woran auch die Mietpreisbremse nichts verändert hat, verschärfen die Situation. Im Durchschnitt benötigt ein Haushalt in Deutschland 35 % seines Einkommens für Mietkosten. Dafür bekommt eine vierköpfige Familie in Düsseldorf eine 70qm Wohnung, aber in Berlin, München und Köln schon nur noch 60qm. Bereits im Jahr 2016 ist die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland gestiegen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe (BAG) e. V. prognostiziert, dass im kommenden Jahr 536.000 Menschen in Deutschland wohnungslos sein werden. Ab dem Jahr 2020 ist der soziale Wohnungsbau Ländersache. Bei den knappen Kassen in den meisten Ländern ist hier zu erwarten, dass die Zahl der neuen Sozialwohnungen zu gering bleiben wird.

Was Politik und Verbände sagen

Am Ende der Tagung fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern und Vertreterinnen der CDU (Kai Whittaker), SPD (Malu Dreyer), Die Linke (Dietmar Bartsch) und Bündnis 90/Die Grünen (Simone Peter) statt. Einig waren sich alle, dass mehr Geld in Bildung investiert werden muss. In den weiteren Fragen wie der Umsetzung von Bildungsinvestitionen, die Aus- bzw. Umgestaltung der Leistungen nach SGB I und SGB II, sowie weiterer Sozialleistungen wurde sehr kontrovers diskutiert. Alles Weitere sollte jeder und jede für sich in den jeweiligen Wahlprogrammen nachlesen. Aber ich kann nicht verhehlen, dass ich über den Vertreter der CDU erschrocken war, der die Armutssituation in Deutschland grundlegend anders wahrnimmt als alle drei anderen Politiker bzw. Politikerinnen. Aus seiner Sicht gibt es in Deutschland kein Armutproblem und wurde in der letzten Legislaturperiode einiges von der Bundesregierung getan, um die Lebenssituation für viele zu verbessern.

Dr. Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, sprach am Ende sein Fazit zum Kongress: „Wir haben in Deutschland ein Haltungsproblem. Der Neoliberalismus hat es geschafft, dass sich die Falschen schämen. Die Reichen, die so viel Vermögen haben, dass sie es nicht ausgeben können, schämen sich nicht. Wir müssen Menschen von der existenziellen Not befreien. Der Reichtum muss umverteilt werden.“

Tanja Kuhnert, Juni 2017